



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 25. April 2022

Marzena Kopp (Die Mitte, Zürich) ist als neues Mitglied in den Kantonsrat aufgenommen worden. Die 50-jährige Ökonomin ersetzt Lorenz Schmid. (KR-Nr. 133/2022)

Der Kantonsrat hat diskussionslos vier Vorstösse überwiesen, bei denen sich die Regierung schon bereit erklärt hatte, sie entgegenzunehmen:

- ein Postulat von SP, GLP, Grünen, FDP und SVP zu künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ([KR-Nr. 9/2022](#))
- eine Motion von FDP, SVP und Mitte zum Thema Gewächshäuser ([KR-Nr. 27/2022](#)), die aber ebenfalls als Postulat überwiesen wurde
- ein Postulat der EDU zum Thema Denkmal- und Heimatschutz ([KR.-Nr. 29/2022](#))
- ein Postulat von SP, SVP, FDP und GLP zur Berufsinformation an den Volksschulen ([KR-Nr. 30/2022](#))

Eine Einzelinitiative für den Bau einer Bahnverbindung zwischen Rüti (ZH) und Schmerikon (SG) ([KR-Nr. 68/2022](#)) hat der Kantonsrat nicht unterstützt. Die Initiative erhielt nur 26 Stimmen.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative zu finanziellen Zuwendungen an religiöse Gemeinschaften ([KR-Nr. 69/2022](#)) nicht unterstützt. Die Initiative erhielt keine einzige Stimme.

Die SVP forderte, dass die Zahl der Parlamentssitze nach einer neuen Berechnungsgrundlage verteilt wird. Die ausländische Bevölkerung sollte nicht mehr zählen. Die Partei stand mit ihrer Forderung aber alleine da. Ihre parlamentarische Initiative ([KR.-Nr. 370/2021](#)) erhielt nur 39 Stimmen und wurde somit nicht vorläufig unterstützt. Dafür wären 60 Stimmen nötig gewesen.

Der Kantonsrat hat eine Parlamentarische Initiative von SVP, FDP und Mitte mit 63 Stimmen vorläufig unterstützt. Die PI ([KR-Nr. 416/2021](#)) verlangt, dass Städte und Gemeinden selber für die ÖV-Mehrkosten aufkommen, die durch Temporeduktionen entstehen können.

Der Kantonsrat will den Bankrat der ZKB ein Stück weit entmachten: Nicht mehr der Bankrat soll über die Gewinnausschüttung entscheiden, sondern das Parlament. Das Parlament hat am Montag eine entsprechende Parlamentarische Initiative von GLP, SVP und SP ([KR-Nr. 96/2022](#)) mit 107 Stimmen unterstützt.

Der Kantonsrat will keine Abfallberge nach grösseren Veranstaltungen mehr: Neu sollen Organisatoren von Anlässen auf öffentlichem Grund mit mehr als 300 Personen ein Abfallkonzept vorlegen müssen. Einweggeschirr aus Plastik soll verboten werden. Der Rat unterstützte eine Parlamentarische Initiative der GLP ([KR-Nr. 425/2021](#)) mit 77 Stimmen.

Der Kantonsrat hat eine Parlamentarische Initiative von FDP, GLP und SVP mit 78 Stimmen vorläufig unterstützt. Diese PI ([KR-Nr. 19/2022](#)) verlangt eine sogenannt geleitete Wahlfreiheit bei Lehrmitteln.

Der Rat hat eine Parlamentarische Initiative der Justizkommission zur Wahl des Gerichtspräsidioms des Steuerrekursgerichts ([KR-Nr. 42/2022](#)) mit 109 Stimmen vorläufig unterstützt.

Um zu verhindern, dass weitere Wohnbauprojekte wegen überschrittener Lärmschutzgrenzwerte gestoppt werden, sollen vermehrt Flüsterbeläge verlegt werden. Der Kantonsrat hat eine entsprechende Parlamentarische Initiative von EDU, Mitte und SVP ([KR-Nr. 53/2022](#)) mit 71 Stimmen vorläufig unterstützt. Linke und Grüne sehen dies als Angriff auf Tempo 30.

(sda)